

7. Beiblatt      Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.      14 Dezember 1949 .

27/J

Anfrage

der Abg. M a r k , H o l z f e i n d , V o i t h o g e r , H o r n u n d  
G e n o s s e n

an den      Bundeskanzler,

betreffend Wiedergutmachung für öffentlich Angestellte,  
welche in der Zeit von 1933 bis 1945 aus politischen Gründen geschä-  
digt wurden.

Bei der Beratung des 7. Rückstellungs- und des 3. Rückgebe-  
gesetzes wurde sowohl im Ausschuss für soziale Verwaltung des Na-  
tionalrates als auch im Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenhei-  
ten des Bundesrates verlangt, dass Begünstigungen für Privatange-  
stellte, die zwischen 1933 und 1945 aus politischen Gründen geschä-  
digt wurden, auch für öffentlich Angestellte wirksam werden.

Der Bundesrat hat im Plenum einstimmig beschlossen, die  
Bundesregierung aufzufordern, einen dahingehenden Gesetzentwurf  
im Nationalrat einzubringen. Im Zusammenhang damit scheint es  
wünschenswert, wenn die Frage der Wiedergutmachung aller Schäden,  
die öffentlich Angestellten in der Zeit des Austrofaschismus und  
des Nationalsozialismus wegen ihrer Teilnahme am Kampf für ein  
freies und demokratisches Österreich zugefügt wurden, einer Lö-  
sung zugeführt werden könnte.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn  
Bundeskanzler die nachstehende

Anfrage:

1.) Ist der Herr Bundeskanzler in der Lage, mitzuteilen,  
wann der vom Bundesrat geforderte Gesetzentwurf dem Hause vorge-  
legt werden kann?

2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, in diesem Entwurf  
auch die anderen Fragen der Wiedergutmachung aus politischen  
Gründen geschädigter öffentlich Angestellter zu berücksichtigen?